

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Benz
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1033
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 18.06.2018

N i e d e r s c h r i f t

der 13. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Sport und Integration
am Mittwoch, dem 06.06.2018,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:00 - 20:10 Uhr

Anwesende Ausschussmitglieder:

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Inge Bietz
Frau Claudia Heimbach
Herr Zeynal Sahin

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Frau Anja-Verena Helmchen
Herr Randy Uelman

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Klaus-Dieter Grothe
Frau Sandrine Piljanovic

Stadtverordnete der AfD-Fraktion:

Frau Sandra Weegels

Stadtverordnete der Gießener Linke-Fraktion:

Herr Michael Beltz

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Frau Pia Mauthé

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich

Außerdem:

Herr Arno Enners	AFD-Fraktion
Herr Hilmar Jordan	AFD-Fraktion
Herr Prof. Dr. Steffen Reichmann	AFD-Fraktion
Frau Regina Schmidt	AFD-Fraktion

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz	Oberbürgermeisterin
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin
Frau Astrid Eibelshäuser	Stadträtin

Vom Ausländerbeirat:

Herr Ahmad Mutaz Faysal
Frau Olga Royak

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Simone Benz Schriftführerin

Gäste/Sachverständige:

Frau Sabine Brück	Leiterin	(bis 19:50 Uhr)
	Jugendbildungswerk	
Frau Simone Wing	Deutscher	(bis 19:50 Uhr)
	Kinderschutzbund e.V.	

Entschuldigt:

Frau Christiane Janetzky-Klein Fraktion Bd'90/GR

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Stv. Dr. Greilich beantragt den Tagesordnungspunkt 8 – Kulturfest der Eritreer am 07. und 08.07. in Gießen; Antrag der Fraktion Gießener Linke vom 29.05.2018; STV/1179/2018 – von der Tagesordnung zu nehmen und an den Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss zu verweisen.

Stv. Beltz, Fraktion Gießener Linke, spricht gegen diesen Antrag.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt Ja: FDP; Nein: SPD, CDU, GR, FW, AFD, Linke.

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung (öffentliche Sitzung):

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Bericht des Kinderschutzbundes und des Jugendbildungswerkes zum Partizipationsprojekt „Mitreden, mitmachen, mitbestimmen“
3. Kindertagespflegesatzung STV/1147/2018
- Antrag des Magistrats vom 17.05.2018 -
4. Wahl eines stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss nach der Satzung für das Jugendamt der Stadt Gießen STV/1150/2018
- Antrag des Magistrats vom 17.05.2018 -
5. Wahl eines Vertreters für den Jugendhilfeausschuss nach der Satzung für das Jugendamt der Stadt Gießen STV/1151/2018
- Antrag des Magistrats vom 17.05.2018 -
6. Bericht zum Thema Drogen an Gießens Schulen (Antrag der FDP-Fraktion vom 20.10.2017); STV/0832/2017
hier: Aussprache zum vorliegenden Bericht des Magistrats vom 22.03.2018-
7. Leichte Sprache für mehr barrierefreie Kommunikation STV/1170/2018
- Antrag der FDP-Fraktion vom 28.05.2018 -
8. Kulturfest der Eritreer am 7. und 8. Juli in Gießen STV/1179/2018
- Antrag der Fraktion Gießener Linke vom 29.05.2018 -
9. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung (öffentliche Sitzung):

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. **Bericht des Kinderschutzbundes und des
Jugendbildungswerkes zum Partizipationsprojekt
„Mitreden, mitmachen, mitbestimmen“**

Frau Brück, Leiterin des Jugendbildungswerke und **Frau Wing** Mitarbeiterin, des Kinderschutzbundes, stellen den Ausschussmitgliedern ein vom Jugendbildungswerk und dem Kinderschutzbund erarbeitetes Konzept zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen vor und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder.

Das Konzept ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

3. **Kindertagespflugesatzung** **STV/1147/2018**
- Antrag des Magistrats vom 17.05.2018 -

Antrag:

„Dem in der Anlage beigefügten Entwurf einer 2. Änderungssatzung der Kindertagespflugesatzung vom 21. September 2006 wird zugestimmt.“

Bürgermeisterin Weigel Greilich spricht kurz zur Begründung der Vorlage.

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, erklärt, er werde sich enthalten, da nicht alle im gleichen Maße von der Änderung der Satzung profitieren.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, entgegnet, der Ansatz sei die unteren Einkommen stärker zu entlasten, dies werde hier umgesetzt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, CDU, GR, LINKE, FW; StE: AfD, FDP).

4. **Wahl eines stimmberechtigten Mitglieds für den** **STV/1150/2018**
Jugendhilfeausschuss nach der Satzung für das Jugendamt
der Stadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 17.05.2018 -

Antrag:

„Als stimmberechtigtes Mitglied für den Jugendhilfeausschuss gemäß § 4 (1) c der Jugendamtssatzung soll

Herr Rüdiger Harz-Bornwasser

gewählt werden.

Die Wahl von Herrn Harz-Bornwasser erfolgt für die zurückgetretene Frau Sylvia Löffler.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

5. **Wahl eines Vertreters für den Jugendhilfeausschuss nach STV/1151/2018
der Satzung für das Jugendamt der Stadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 17.05.2018 -**

Antrag:

„Als Vertreter für das stimmberechtigte Mitglied, Herr Michael Redmer, für den Jugendhilfeausschuss gemäß § 4 (1) c der Jugendamtssatzung soll

Herr Jonathan Straßheim

gewählt werden.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

6. **Bericht zum Thema Drogen an Gießens Schulen (Antrag STV/0832/2017
der FDP-Fraktion vom 20.10.2017);
hier: Aussprache zum vorliegenden Bericht des Magistrats
vom 22.03.2018-**

Der Bericht des Magistrats vom 22.03.2018 liegt den Anwesenden vor. (Er ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.)

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Dr. Greilich, Grothe, Beltz und Stadträtin Eibelshäuser.

Während der Aussprache schlägt **Stv. Grothe**, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, vor, Vertreter von Polizei und Suchtberatung in den Sozialausschuss einzuladen, um das Thema erneut zu diskutieren.

Diesem Vorschlag stimmen alle Ausschussmitglieder zu.

Abschließend stellt der **Vorsitzende** fest, dass die Aussprache erfolgt ist.

**7. Leichte Sprache für mehr barrierefreie Kommunikation
- Antrag der FDP-Fraktion vom 28.05.2018 -**

STV/1170/2018

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, Schritt für Schritt kommunale Formulare und dazugehörige Anlagen, wie z.B. Wohnberechtigungsschein usw. nach den Standards der leichten Sprache aufzubereiten und sowohl bei Beratungsgesprächen, als auch dauerhaft auf der Online-Repräsentanz der Stadt anzubieten.“

Begründung:

Selbstbestimmtes Leben in allen Lebenslagen hängt eng mit einem gegenseitigen Verstehen und Anwenden der Sprache zusammen. In Deutschland gelten ca. 7,5 Mio. Menschen als funktionale Analphabeten. Um barrierefreie Kommunikation weiter voranzutreiben, machen sich die Freien Demokraten stark die behördliche Kommunikation in leichter Sprache auszubauen.

Dr. Greilich, FDP-Fraktion, verliest den Antragstext und spricht kurz zur Begründung.

Oberbürgermeisterin Grabe Bolz erklärt, in der Stadtverwaltung Gießen habe man sich der Thematik bereits angenommen. Voraussichtlich im September werde es hierzu einen Workshop für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geben.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, **regt an, den Antrag wie folgt zu ändern:**

„Der Magistrat wird aufgefordert über die Ergebnisse bezüglich der Einführung der ‚leichten‘ bzw. ‚einfachen‘ Sprache in der Verwaltung zu berichten.“

Stv. Dr. Greilich übernimmt für die FDP-Fraktion die vorgeschlagene Änderung.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

**8. Kulturfest der Eritreer am 7.und 8. Juli in Gießen
- Antrag der Fraktion Gießener Linke vom 29.05.2018 -**

STV/1179/2018

Antrag:

„Der Magistrat wird im Interesse unserer weltoffenen Universitätsstadt Gießen gebeten, daran mitzuwirken, dass beim Kulturfest der Eritreer am 7.und 8. Juli in unserer Stadt keine aggressiven Demonstrationen gegen Eritrea stattfinden, sondern allenfalls friedliche Veranstaltungen.“

Begründung:

Kundgebungsteilnehmer aus der Schweiz oder wie im letzten Jahr aus Stuttgart und Frankfurt sollten nicht herangeholt werden, um wegen ihrer Aggressivität einen

Polizeieinsatz notwendig zu machen. Entsprechende Maßnahmen sind mit Polizei und Ordnungsamt abzusprechen.

Stv. Beltz, Fraktion Gießener Linke, spricht zur Antragsbegründung.

Oberbürgermeisterin Grabe Bolz verweist auf Artikel 8 (Versammlungsfreiheit) und Artikel 5 (Meinungsfreiheit) des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Weder die Stadt Gießen noch die Polizei haben das Recht, einzelne Personen oder Gruppen von der Ausübung ihrer Grundrechte abzuhalten.

Sie warnt davor mit derartigen Anträgen den Anschein zu erwecken, man stelle das Grundgesetz in Frage.

An der Aussprache beteiligen sich **Stv. Kern** und **Stv. Dr. Greilich**.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Ja: LINKE; Nein: SPD, CDU, GR, AfD, FW, FDP).

9. **Verschiedenes**

Vorsitzender teilt mit, dass die nächste Sitzung am Mittwoch, **15.08.2018, 19:00 Uhr**, stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) S a h i n

(gez.) B e n z